

## **Notizen zu einem Referat über Sexismus, konservative Familienwerte, Homophobie - Gefahren für die Emanzipation**

Ursula Schumm-Garling, 23. April 2015

Wenn wir uns mit konservativen Familienwerten und der Emanzipation von Frauen beschäftigen sollen zwei Überlegungen Ausgangspunkte sein: (1) In welcher Situation waren die Frauen vor gar nicht so langer Zeit und (2) was wurde erreicht. Daraus folgt die Frage: Welche Konsequenzen hat ein rückwärtsgewandtes Frauen- bzw. Familienbild.

Zur Erinnerung:

Im Faschismus wurde an damals schon überholte Vorstellungen von Weiblichkeit angeknüpft. Die Frauen wurden im Wesentlichen auf ihre biologische und rassische Reproduktionsfunktion reduziert. "Sie hat die Aufgaben, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen. Das ist gar nicht so roh und unmodern, wie es sich anhört. Die Vogelfrau putzt sich für den Mann und brütet für ihn die Eier aus. Dafür sorgt der Mann für die Nahrung." (Hermann Goebbels) Die Frauenerwerbstätigkeit wurde drastisch eingeschränkt (1933 Entlassungen aus dem Staatsdienst, 1934-/35 Einschränkung für verheiratete Frauen, sowie beispielsweise für Ärztinnen, Juristinnen oder der Numerus clausus für Studentinnen, ein halbes Jahr Arbeitsdienst für alle jungen Frauen, ein Haushaltsjahr, Ehestandsdarlehen wenn die Frauen ihren Arbeitsplatz aufgaben ect.) Gegen das "Doppelverdienertum" wurde polemisiert. Im Zuge der Aufrüstung und des beginnenden zweiten Weltkrieges wurden die Frauen zur Rüstungsproduktion herangezogen. Die schlecht bezahlte Frauenarbeit wurde kurzerhand zum Dienst am Vaterland deklariert. Gleichberechtigung wurde durch Gleichwertigkeit ersetzt. Das öffnet der Beliebigkeit und Willkür Tür und Tor. Um der menschenverachtenden und antisemitischen Polemik etwas entgegenzusetzen, engagierten sich (viele) Frauen im antifaschistischen Widerstand.

Unmittelbar nach 1945 entstanden in allen Besatzungszonen Frauenausschüsse, die sich für Gleichberechtigung auf demokratischer und friedlicher Basis für Frauen und Männer einsetzten.

Es entwickelten sich sehr voneinander abweichende Frauenbilder in der BRD und in der DDR.

Das Frauenbild in der DDR

1947 entstand aus antifaschistischen Frauenausschüssen in der SBZ der "Demokratische Frauenbund Deutschland" (DFD). Die Frauen knüpften an die Traditionen der proletarischen und der fortschrittlichen bürgerlichen Frauenbewegungen an. Vor dem Hintergrund von Not, Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel, Kriegsschäden, Demontagen und Reparationsleistungen war es überlebenswichtig, die Not zu lindern, beim Aufbau zu helfen und infolge des Krieges die vakanten Stellen der toten oder in Gefangenschaft lebenden Männer zu besetzen. Das Frauenbild jener Jahre war die "Aktivistin der ersten Stunde". Die Frauen sollten couragiert, hilfsbereit, kollektivbewusst und tatkräftig, d.h. berufstätig den demokratischen Wiederaufbau vorantreiben. Mit der Gründung der DDR 1949 wurde das Bild

der berufstätigen Frau aufrechterhalten. Dieses Bild wurde ab 1950 ergänzt durch Frauenfördermaßnahmen, die gegen ablehnende Betriebsleitungen und Betriebsgewerkschaftsorganisationen durchgesetzt werden mussten. Es gründeten sich Frauenausschüsse, die sich gegen Lohndiskriminierung und für Qualifizierung und bessere Sozialeinrichtungen einsetzten. Zu der Zeit betrug die Frauenerwerbsquote in der DDR 60%. Die Frauen arbeiteten überwiegend in gering qualifizierten Berufen. Mit dem Mauerbau 1961 spitzten sich die Systemkonkurrenzen zu, und es wurde notwendig, das gesamte Arbeitskräftepotential der DDR auszuschöpfen. Das Leitbild der "berufstätigen Frau als qualifizierte Fachkraft" wurde propagiert. Der Qualifizierung der Frauen wurde eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es wurden "Frauensonderstudien" und "Frauensonderklassen" eingerichtet, und es wurde vor allem Wert darauf gelegt, Mädchen und junge Frauen in männerdominierten Berufen auszubilden. Als Problem erwies sich, dass die propagierte gemeinsame Verantwortung von Männern und Frauen für Kindererziehung und Hausarbeit aufgrund patriarchalischer Relikte nicht realisiert werden konnte. Die Chancen für eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und privater Sorgearbeit wurde von staatlicher Seite durch umfassende sozialpolitische Maßnahmen und öffentliche Kinderbetreuung verbessert. Gegen Ende der DDR lag die Erwerbsquote der Frauen bei 91% und das Modell der traditionellen Versorgungsebene konnte als überwunden betrachtet werden.

## Das Frauenbild in der BRD

Das Frauenbild in der BRD war durch traditionelle Vorstellungen gekennzeichnet. Der Satz im GG "Frauen und Männer sind gleichberechtigt" ist nur dank der Initiative von Elisabeth Selbert und dem von ihr organisierten Widerstand der Frauen ins GG aufgenommen worden. Der Vorschlag der "Väter" des GG lautete: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz muss Gleiches gleich, kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angetastet werden." Diese Formulierung hätte der Diskriminierung von Einzelpersonen und Gruppen Tür und Tor geöffnet. Gleichberechtigung wurde als Gleichmacherei diffamiert und die Gleichwertigkeit sollte Definitionssache sein - durchaus im Rückgriff auf faschistische Wertvorstellungen. Wesentliche Bestandteile des Bürgerlichen Gesetzbuches von 1900 wurden erst 1957 geändert und noch viel später - nämlich erst 1977 - wurde das Entscheidungsrecht des Ehemannes über alle Fragen des Ehe- und Familienlebens einschließlich der Erwerbstätigkeit der Ehefrauen abgeschafft; das bedeutete in der Realität, der Mann hatte bis 1977 das Recht, das von seiner Frau eingegangene Arbeitsverhältnis auch gegen ihren erklärten Willen zu kündigen.

In einer Presseerklärung vom 14.11.2014 wurde von verdi der 20. Geburtstag einer Ergänzung des Grundgesetzes zum Gleichberechtigungsanspruch von Männern und Frauen gefeiert. "Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." Dieser 1994 im Grundgesetz eingefügte Satz sei ein politischer Meilenstein. und ist offensichtlich immer noch notwendig! Er wird aber in der Realität noch immer sträflich vernachlässigt.

Vorherrschendes Leitbild bis Ende der 60er Jahre war das der Hausfrau und Mutter. Daneben entwickelten sich unter dem skandinavischen und nordamerikanischen Einfluss Vorstellungen vom "Drei-Phasen-Modell". Nach Ausbildung und einer kurzen Berufstätigkeit sollte eine Familienphase folgen und wenn die Kinder groß seien, könne die Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen werden. Dieses Modell war gedacht, um Frauen die Entscheidung für die Familie zu erleichtern.

Erst Ende der 60er Jahre erhielt das Thema Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen durch die entstehende Frauenbewegung eine öffentliche Resonanz.

Was hat sich verändert?

Die formale Gleichheit der Frauen ist weitgehend erreicht.

Es hat eine Pluralisierung der Lebensstile und eine in Ansätzen realisierte Egalisierung des Geschlechterverhältnisses stattgefunden. Insbesondere im Bildungsbereich haben Mädchen und junge Frauen deutlich aufgeholt und die Jungen bei den Schulabschlüssen sogar überholt. Sowohl das Berufsbildungssystem als auch die späteren Beschäftigungsmöglichkeiten sind in Deutschland jedoch nach wie vor traditionellen Frauen- und Männerausbildungsberufen zugeordnet. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Segregation der Berufsausbildung gelingt es den Frauen nicht, einen Vorteil aus ihren höheren Bildungsabschlüssen zu ziehen und ihre Position im Beschäftigungssystem wesentlich zu verbessern. Die Berufsbereiche Pflege, Erziehung, Reinigung und einfache Bürotätigkeiten sind noch immer Frauendomänen, technische und verarbeitende Berufe sind nach wie vor Männerdomänen. (IAB-Kurzbericht 9/2014) Verweis auf Girls Day: Heute findet der Girls Day 2015 statt. Unternehmen und Organisationen öffnen ihre Türen um Mädchen ab der 5. Klasse Berufe in Technik, IT, Handwerk und Naturwissenschaften nahezubringen. Der Girls Day ist ein wichtiger Beitrag zur Berufsorientierung von Mädchen, wird aber nur dann mehr als einen mäßigen Erfolg bringen, wenn die traditionellen Geschlechterbilder reflektiert und dekonstruiert werden.

Wir müssen feststellen, dass es noch weitgehend ungelöste Probleme für beide Geschlechter und der geschlechtsspezifischen und hierarchischen Segregation gibt, die aus früheren Zeiten in die heutige Zeit hineinreichen. Wie festgestellt wurde ist die Bezahlung im Arbeitsleben immer noch geringer und die Arbeitsteilung in den privaten Haushalten ist weitgehend erhalten geblieben.

Es gibt nicht nur den Gender Pay Gap - Frauen verdienen für gleiche Tätigkeiten immer noch rund 22 Prozent weniger - sondern auch einen Gender Time Gap. Frauen arbeiten im Durchschnitt pro Woche 9 Stunden weniger als Männer. Das ist ein Arbeitszeitunterschied von 23 Prozent. Während 80 Prozent der Männer einem Job mit 36 Stunden oder länger nachgehen - also einem Job mit Normalarbeitszeit - sind es bei den Frauen nicht einmal die Hälfte - nur 47 Prozent und bei Müttern ist die Teilzeitquote bei 70 Prozent. Frauen befinden sich in der Teilzeit-Falle; mit allen Konsequenzen für Einkommen, Selbstständigkeit, Rente etc. (Weiterführende Hinweise sind enthalten in: Schumm-Garling, Ursula 2009, Prekäre Arbeit - Prekäres Leben)

Bei den jungen Frauen herrscht die Vorstellung vor, Familie und Erwerbstätig miteinander zu verbinden mit einer Präferenz für die Erwerbstätigkeit. So haben Allmendinger und Haarbrücker in einer Untersuchung über Lebensentwürfe junger Frauen und junger Männer festgestellt, dass aus der Perspektive von jungen Frauen eine Retraditionalisierung ihrer Rolle nicht zu beobachten sei. Frauen wollen erwerbstätig sein, ebenso wie Männer. Selbst wenn sie Kinder hätten, blieben sie auf Erwerbsarbeit orientiert. Der Anteil von Frauen, denen die Familie wichtiger sei als die Erwerbstätigkeit liege heute unter 5 Prozent. (Allmendinger, Haarbrücker 2013, S.48)

Die Pluralisierung der Lebensstile hat jedoch noch nicht dazu geführt, dass Gleichberechtigung der Geschlechter zu einer Selbstverständlichkeit geworden wäre. Darauf wird in der Studie des Allensbacher Instituts hingewiesen. Danach sind 64% der Männer der Meinung, dass es mit der Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland mittlerweile reiche und 28% der befragten Männer finden sogar, dass die Gleichberechtigung übertrieben werde. 6% der befragten Männer fühlen sich heute schon benachteiligt. (Allensbach Studie 2013, S. 3)

Nach wie vor bestehen feste Vorstellungen darüber, welche Tätigkeiten Frauen und welche Männer zugeordnet werden sollen. Hausarbeit gehöre danach eindeutig zu den den Frauen zugeordneten Tätigkeiten. (Allensbach Studie 2013 S. 40)

Dieses Ergebnis wird von Allmendinger und Haarbrücker bestätigt. Die Mehrheit der Befragten akzeptiert die Erwerbstätigkeit von Frauen. Überrascht sind die Autorinnen von dem Ergebnis, dass sowohl die jungen Männer wie die jungen Frauen die schlechten Chancen von Frauen benennen: 87 Prozent der Männer und der Frauen stimmen der Aussage zu: "Die Leistung von Frauen wird anders beurteilt als die von Männern." (Allmendinger, Haarbrücker 2013, S.45) Radikal anders antworten 40% der Männer und 10% der Frauen auf die Aussage: "Ich bin heilfroh, dass sich Frauen in erster Linie um Haushalt und Familie kümmern sollen." (Allmendinger, Haarbrücker 2013, S. 46/47) Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt werden rational festgestellt, ohne dass dies Konsequenzen für das Verhalten hätte. Die Ergebnisse bleiben widersprüchlich, einerseits wird von den Frauen erwartet, dass sie unabhängig sind und möglichst viel Geld verdienen, andererseits ist beinahe die Hälfte der jungen Männer froh, dass Frauen in ihrem traditionellen Aufgabenbereich bleiben müssen. Darum überrascht es auch nicht, dass eine "verbindliche Frauenquote" nur von 36% der jungen Männer unterstützt wird. Die Mehrheit der Frauen (62%) sieht das anders. (Allmendinger, Haarbrücker 2013, S. 47)

Ost-West Unterschiede sind nach wie vor vorhanden. Die ostdeutschen Frauen erreichten 2012 bei den mittleren Verdiensten 85,5. Der gesetzliche Mindestlohn kann neuen Schwung in den Aufholprozess bringen, weil erheblich mehr ostdeutsche (29,3%) als westdeutsche Beschäftigte (16,9%) davon profitieren. IAQ-Report 05/2014) Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern wollen nach Erkenntnissen von Allmendinger und Haarbrücker auch nach der Geburt von Kindern schneller wieder in den Beruf zurück als die Frauen im Westen. Sie sind mit den aktuellen Rahmenbedingungen unzufriedener und sprechen öfter von einem Versagen der Politik. "Etwas überspitzt ausgedrückt: Ostdeutsche Frauen fordern ein wesentlich höheres Engagement vom Staat, westdeutsche Frauen sehen auch die Männer in der Pflicht." (Allmendinger, Haarbrücker 2013, S.50) Das hatte in der DDR eine Tradition. Elke Holst und Anna Wieber titeln ihren Beitrag im DIW Wochenbericht Nr. 40: "Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn" (Holst, Wieber, 2014, S.967) Allerdings weisen sie darauf hin, dass die Veränderungen nach der Wende erhebliche Auswirkungen auf die Lebensformen von Paarhaushalten mit Kindern hatten: "Das modernisierte Ernährermodell (Vater Vollzeit/Mutter Teilzeit) hat in beiden Teilen Deutschlands zugenommen - in Westdeutschland auf Kosten des Alleinernährermodells (Vater Alleinverdiener), im Osten auf Kosten des Egalitätsmodells mit zwei Vollzeitbeschäftigten." (Holst, Wieber, 2014 S. 967)

Im Netz und in der Presse wird auf eine Vielfalt der Leitbilder bei jungen Frauen hingewiesen. So erschienen kürzlich in der "Welt" vier Artikel, die sich mit dem Feminismus auseinandersetzten. (Die Welt vom 7., 8., 9. und 10. April 2015) Tenor der Artikel ist, der Feminismus sei uncool, doof, übertrieben, antiquiert oder schlicht ein Phantom. Entscheidend sei, die Auseinandersetzung mit sich selbst als Einzelner. Dies schaffe erst die Möglichkeit,

eigenständig zu denken. (Vergl. Mara Delius, Die Welt vom 07. 04. 2015) Ronja von Rönne schreibt am 8.4. 2015 in der Welt: "Er (der Feminismus) ekelt mich eher an." Und Andreas Rosenfelder erfasst "grenzenlose Langeweile". Er gibt allerdings zu "...wenn ich mich hineinhöre und nach einem Echo dieser Debatte suche, einer emotionalen Reaktion, Zustimmung, Ablehnung - dann finde ich nichts." (Die Welt vom 10. 04. 2015)

Die jungen Frauen bewegen sich in einem breiten Spektrum von neoliberalen Freiheitsversprechen und einem mehr oder weniger reflektiertem Bewusstsein ihrer Chancen. Die gesellschaftlich noch immer existierenden Diskriminierungen werden von einigen deutlich wahrgenommen von anderen geleugnet. Die einen artikulieren sich in unzähligen Lifestyleblogs. Hier werden überwiegend Informationen über Mode, Wohnen, Design, Kochen oder Kosmetik ausgetauscht, häufig versehen mit Hinweisen auf entsprechende Produkte. Rollenbilder in beliebten Lifestyleblogs kommen topmodisch daher und weisen den Frauen einen uralten Platz zu. Andere, wie beispielsweise Anne Wizorek, haben auf sich aufmerksam gemacht, als sie dem Netzfeminismus ein Gesicht gegeben haben. (@marthadear, Bloggerin und Autorin "Weil ein # Aufschrei nicht reicht") Anlässlich der im Netz geführten Debatte (Kennwort #Aufschrei) um sexuelle Belästigung und angeregt durch Diskussionen um das Betreuungsgeld oder die Quote wird von jungen Frauen die alte Frage thematisiert: Wie sollen und wollen Frauen und Männer miteinander umgehen.

Diese Fragen beschäftigen zunehmend häufiger auch Männer. Eine emanzipatorische Männerbewegung existiert vergleichsweise noch nicht lange. Einzelne Männer begannen vor ca. 30 Jahren gesellschaftspolitische Fragen nach Werten und Normen des Zusammenlebens, nach Rechten und Pflichten von Vätern und nach der Verteilung von Macht und Herrschaft in Beziehungen zu stellen. Heute haben sie sich im "Bundesforum Männer" zusammengeschlossen. Gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat hat das Bundesforum Männer zum 8. März diesen Jahres einen Aufruf verfasst, in dem sie fünf Forderungen erheben: Im Mittelpunkt stehen für beide Geschlechter Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, nach existenzsicherndem Einkommen und Altersvorsorge, sowie neue Bewertungsmaßstäbe für den Wert von Arbeit, die sich nicht an der Perspektive einer betriebswirtschaftlichen Wertschöpfungslogik, sondern an einer neuen Fürsorgekultur sowie an sozialen und ökologischen Maßstäben zu messen sei.

Das Bundesforum Männer grenzt sich entschieden von der maskulistischen Szene ab, die Gleichstellungspolitik, Gendermainstreaming und Geschlechtergerechtigkeit als Erfindungen des Feminismus diskriminieren und sich aggressiv gegen alles "Weibliche" wenden. Jegliche Formen der Frauenförderung sollten eingestellt werden. Die "wahren Opfer" des Geschlechterverhältnisses seien die Männer. Die Zahl der Akteure und Akteurinnen ist zwar noch gering, sie erlangen aber eine gewisse Bedeutung, weil sie eine Vielzahl von Aktivitäten entfalten und unheilige Allianzen mit christlichen Fundamentalist/-innen, Abtreibungsgegner/-innen, konservative Familienorganisationen, "Neocons" oder Rechtsextremist/-innen eingehen.

Die Bündnisse, die bis in konservative Parteien hineinreichen, beruhen auf einer Sehnsucht nach konservativen Familienwerten - gemeint sind heterosexuelle Elternschaft mit der traditionellen Arbeitsteilung und einem Hass gegen alle Formen staatlicher Gleichstellungspolitik. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich zum Sprachrohr dieser konservativen Familienpolitik gemacht. Unter Berufung auf die Demonstrationen in Frankreich gegen die "Homo-Ehe" (Manif pour tous) formiert sich möglicherweise eine gesamteuropäische Bewegung gegen Toleranz und Vielfalt und für eine Rückkehr zu sog. traditionellen Familienwerten.

In der politischen Praxis entzieht sich die AfD weitgehend der öffentlichen Aufmerksamkeit und der Festlegung in dieser Frage. Es können nur Positionen von Einzelpersonen, Äußerungen auf Facebookseiten oder Wahlprogrammen herangezogen werden. Außerdem ist die AfD keine gewachsene sondern eine installierte Partei. So haben sich vereinzelt kommunale Wählerlisten der Freien Wähler, aber auch Hayek-Gruppen sowie kleinere und größere Kampagnennetzwerke oder christlich- fundamentalistische Gruppierungen in der AfD zusammengeschlossen. Die Ursachen, die vor gut zwei Jahren zur Gründung der AfD führten, werden im Zusammenspiel rechtskonservativer Kräfte mit dem sich in der Krise befindenden national-neoliberalen Lager gesehen. (Sebastian Friedrich, 2015) Schon in der kurzen des Bestehens der AfD hat sich ihr Profil nach rechts verschoben. Das wird vor allem an dem Zusammenspiel der neoliberalen Kräfte mit der rechtskonservativen und antifeministischen "Zivilen Koalition" um Beatrix von Storch deutlich, deren wichtigstes Politikfeld die Reaktivierung der heterosexuellen Kleinfamilie darstellt. (gegründet 2004 von Beatrix von Storch mit dem Engagement für die Rückgabe von in der DDR enteigneten Adelsgütern).

Folgende Zielsetzungen werden vom Kampagnennetzwerk "Zivile Koalition" formuliert:

Natürliches Recht der Eltern über Erziehung und Bildung der Kinder zu entscheiden muss erhalten bzw. ausgebaut werden,

der politische Druck auf Eltern muss gestoppt werden, ihre Kinder immer früher und länger in Krippen oder Ganztagschulen abzugeben,

Familienpolitik muss in erster Linie dem fundamentalen Bedürfnis des Kindes nach Geborgenheit entsprechen,

Entlastung der Familien von überhöhten Steuern und Abgaben, Gewährleistung des tatsächlichen Existenzminimums jeden Kindes,

der grundgesetzlich verankerte Vorrang von Ehe und Familie gegenüber anderen Lebensgemeinschaften muss festgehalten werden. Der Staat soll aufhören, Leitbilder und Lebensweisen ideell und finanziell zu fördern, die sich offen oder versteckt gegen die Familie richten.

Zusammengefasst sind folgende Zielsetzungen für die AfD festzuhalten:

Vor allem alle Maßnahmen des "Genderwahns" müssen gestoppt werden. Dazu rechnen die Geschlechterforschung, eine geschlechtersensible Sprache und die Quotierung.

Vor allem Gendermainstreaming wird verbissen bekämpft. Gendermainstreaming wird gleichgesetzt mit der Aufhebung der Geschlechteridentitäten und stattdessen mit staatlicher Bevormundung identifiziert. Auf dem NRW Landesparteitag 2013 wird gefordert: "Einen Stopp des Genderismus- Wahn(s). Für echte Emanzipation - gegen staatliche Bevormundung und eine Beendigung des Quotenregelung. Die Bevorzugung von "Stellvertretern" eines Geschlechtes widerspricht Art.3 des GG.

Als weiterer Aspekt der familien- und geschlechterpolitischen Positionierung taucht immer wieder das Argument auf, die Familie sei Keimzelle der Nation werde durch eine mächtige "Homolobby" und durch die Gleichstellungspolitik bedroht.

Bei der Diffamierung der Homolobby geht nicht nur um die Homosexualität, sondern viel weitergehender - schon fast in verschwörungstheoretischer Absicht - um die Beherrschung der Medien durch die Homolobby.

Wolfgang Hübner vor dem Gründungsparteitag 2013:

"Die Parteien alten Typs, wozu selbstverständlich auch die Grünen gehören, haben sich um Ideologien, Religionen, Besitzstände und soziale Bestreben formiert. Sie haben Organisationen geschaffen, die inzwischen allesamt ein Eigenleben und Eigeninteresse entwickeln, sich aber damit von weiten Teilen des Volkes entfernt haben und immer weiter entfernen. Umso mehr aber wurden diese Parteien und ihre Apparate zu Zuträgern und Vollstreckern bestimmter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kräfte, die allesamt Minderheiten sind, aber über die politischen Parteien und die Mehrheiten im Volk dominieren. Wie das funktioniert, dazu bietet die Euro-Politik die beste Anschauung. Aber auch die Themen Einwanderung, Soziales, Energie usw. liefern Belege zuhauf dafür.

Wenn die AfD dem Anspruch gerecht werden will, eine Bürgerpartei neuen Typs zu werden, muss sie inhaltlich wie organisatorisch eine "atmende" Partei sein. ....

Kein vernünftiger, aufgeklärter Mensch will Homosexualität diskriminieren. Aber sind die Anliegen der homosexuellen Minderheit, deren Lobby bestens vernetzt ist, wirklich von solcher Wichtigkeit für die Gesamtgesellschaft, wie das in den Medien sich widerspiegelt? .....

Wer sich anders entscheidet oder entscheiden muss, also keine Familie bilden will oder kann, ist ohne Wenn und Aber zu respektieren. Aber seine Entscheidung oder sein Schicksal darf kein Leitbild für eine Gesellschaft sein, die Bestand und Zukunft haben will. Das zu sagen und zu vertreten, ist nicht <rechts>, sondern ganz einfach vernünftig." (Kemper, Andreas, 2014, S.25//26)

Es ist nicht ausgeschlossen, nach nunmehr gut zweijähriger Existenz der AfD, dass zusätzlich zur Euro-Kritik und der Positionierung als <Anti-Parteien-Partei> ein dezidiert antifeministischer Schwerpunkt zum Markenzeichen der Partei wird. Die radikale Kritik an jeder Form von Gleichstellungspolitik, von der AfD als "Genderismus" diffamiert, deutet darauf hin.

Einem rückwärtsgewandten Frauenbild, ob in der traditionellen oder einer modischen Variante, muss aus Gründen der Bewahrung des zivilisatorischen Fortschritts entschieden entgegengetreten werden. "Aber gerade Männer täuschen sich viel zu leicht darüber hinweg, dass Sexismus nicht nur Frauen verletzt, sondern als gesamtgesellschaftliches Problem den Kern unserer Menschlichkeit missachtet." (Nils Pickert 2015, Warum Feminismus uns alle angeht. in: der Freitag vom 23. April 2015)

Literaturhinweise

Alban, Werner 2015, Was ist - Was will - Wie wirkt die AfD? ISP

Allensbach Studie 2013, Der Mann 2013. Arbeits- und Lebenswelten - Wunsch und Wirklichkeit. Hamburg

Allmendinger, Jutta, Haarbrücker, Julia 2013, Lebensentwürfe heute. Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen. Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012, WZB Discussion Paper P2013-002

Claus, Robert 2014, Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass. Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Politik und Gesellschaft. Berlin

Friedrich, Sebastian 2015, Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland. Politik aktuell 1

Kemper, Andreas 2014, Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD - eine Expertise. Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Politik und Gesellschaft, Berlin

Schumm-Garling, Ursula 2014, Veränderte Geschlechterbeziehungen? in: "Z" Nr. 100, Dezember 2014, S. 98 - 104

Schumm-Garling, Ursula 2009, Prekäre Arbeit – prekäres Leben. Frauen und prekäre Beschäftigung In: Sozialismus 4/09